

A2 EU Außenpolitik - Eine Union für den Frieden (NEU)

Antragsteller*in: Sara Nanni

1 Grüne europäische Außenpolitik ist immer auch Friedenspolitik

2
3 Bündnis 90/Die Grünen sind eine proeuropäische Partei, eine, die den
4 europäischen Einigungsprozess in der EU aber auch die Prozesse in Europa, die
5 nicht in der EU stattfinden, mitgestalten will. Das allein ist schon zum Merkmal
6 geworden in einer Zeit, in der auch die deutsche Bundesregierung auf eine
7 Renationalisierung der Politik setzt, europäische Spielregeln missachtet und
8 rechtspopulistische und rechte extreme Parteien in Deutschland und anderen
9 Mitgliedstaaten ihre Anliegen nicht mit der, sondern gegen die EU umsetzen
10 wollen. Sie stellen eine ganze Regierungsebene in Frage. Für uns Grünen ist die
11 europäische Ebene nicht verhandelbar, können doch Herausforderungen der Zukunft,
12 die wir als Grüne sehen, wie der Klimawandel, der sozial-ökologische Umbau der
13 Weltwirtschaft und die Festigung demokratischer Gesellschaften nur mit-, niemals
14 gegeneinander in Europa gelingen.

15 Europa erfindet sich neu - reden wir mit!

16 Die Vereinigten Staaten haben viele Jahre die Weltpolitik dominiert wie keine
17 andere Macht. Das US-Militär ist das schlagkräftigste, die Wirtschaft nachwievor
18 stark aber das politische Gewicht der USA und die transatlantische Verbindung
19 stehen seit Präsident Trump wie nie zuvor zur Disposition. Die EU reagiert, auch
20 im Lichte des Brexit, mit einer Suche nach neuer, europäischer Stärke und findet
21 - wie die Prozesse rund um die PESCO zeigen, ihr Potenzial im Militärischen.

22 Die Forderung von manchen, dass die EU nun auch eine Großmacht werden soll
23 lehnen wir ab. Die EU ist eine Zivilmacht und muss ihre Aktivitäten auf den
24 Frieden richten. Wir Grüne sehen das historische Potenzial Europas als
25 Friedensort nach innen und Friedensmacht nach außen. In Zeiten der sich
26 verändernden globalen Machtverhältnisse muss es die Aufgabe Europas sein,
27 politisch, diplomatisch und zivil für eine friedlichere Welt und internationale
28 Ordnung zu streiten. Die europäische Geschichte lehrt, dass nicht einseitige
29 Aufrüstung und Militarisierung Frieden bringen, sondern gemeinsame
30 Institutionen, Multilateralismus und die Suche nach Einigung, trotz großer
31 Interessenkonflikte.

32 Grundsätzlich stehen wir dem Instrument einer ständigen strukturierten
33 Zusammenarbeit in Verteidigungsfragen (PESCO) nicht ablehnend gegenüber. Doch
34 sie muss der Abrüstung, dem Schaffen von Synergien dienen, nicht der Aufrüstung.
35 Und sie kann nicht die alleinige Antwort auf Herausforderungen der
36 Sicherheitspolitik sein. PESCO, so wie es nun ausgestaltet ist, hat einen
37 deutlichen Überhang für industriepolitische Verteidigungspolitik. Der Haushalt,
38 den das EP in Begleitung von PESCO aufgesetzt hat, wird voraussichtlich im
39 Blickfeld eines engen Sicherheitsbegriffs, nicht im Sinne der menschlichen
40 Sicherheit (Human Security) gestaltet. Pooling und Sharing von
41 Verteidigungskapazitäten in der Europäischen Union sind sinnvoll, sie dürfen
42 aber nicht zum Verkaufsargument für die Erhöhung von Militärausgaben und einer
43 Militarisierung der Europäischen Union genutzt werden.

44 Zudem muss das Europäische Parlament (EP) in außenpolitischen und Fragen von
45 Frieden und Sicherheit mehr Einsicht in die Prozesse und

46 Mitsprachemöglichkeiten, langfristig auch Entscheidungsbefugnisse, haben. Dort,
47 wo eine parlamentarische Kontrolle möglich ist, müßenschon jetzt
48 Entscheidungen, die die Außen- und Verteidigungspolitik betreffen transparenter
49 gestaltet werden um in breiter (Fach-) Öffentlichkeit diskutiert werden zu
50 können.

51 Europas Stärken müssen Diplomatie, Prävention und zivile Konfliktbearbeitung
52 sein

53 Die Bundesrepublik, und mit ihr zahlreiche andere europäische Staaten, haben
54 große Fortschritte im Bereich der zivilen Krisenprävention und
55 Konfliktbearbeitung gemacht. Frühwarnsysteme werden endlich koordiniert,
56 Fachkräfte teilweise gemeinsam ausgebildet und Polizei und Justiz mehr und mehr
57 in die Lage versetzt, bei zivilen Einsätzen ihren Beitrag zu leisten.

58 Doch es bleiben auch noch viele Baustellen offen. Von einer kohärenten EU-
59 Außenpolitik und einer kohärenten, vollständig koordinierten Krisenprävention
60 aus der EU sind wir weit entfernt. Die Fachkräfte sind da aber es sind zu wenige
61 - schon für bestehende Projekte. Dazu kommen viele EU-Politiken, die
62 Kriegsökonomien fördern, Entwicklung verhindern und Konflikte verschärfen.
63 Diesen Politiken muss ein Ende gesetzt werden, sonst arbeitet die EU gegen ihre
64 eigenen friedenspolitischen Ziele. Die jetzige Außenpolitik der EU im
65 Zusammenspiel mit der Außenpolitik der Mitgliedsstaaten ist insgesamt ein zu
66 kleiner Teil der Lösung und noch immer ein zu großer Teil des Problems, wenn es
67 darum geht auf eine friedlichere und gerechtere Welt hinzuwirken. Die Werte, für
68 die die EU steht, werden nicht immer gelebt, negative Effekte ausgeblendet und
69 Prävention zu kurz gedacht.

70 Wir fordern, dass neben den bestehenden Programmen und Initiativen im
71 Praxisbereich der Prävention auch mehr in wissenschaftliche Programme investiert
72 wird, die es uns ermöglichen, andere Länder und Kulturen noch besser zu
73 verstehen. Anders als in den USA gibt es in Europa noch kein großes, ausgebautes
74 Netz an Expertinnen und Experten, die die Diplomatie mit ihrem Wissen über
75 andere Staaten und Gesellschaften intensiv unterstützen können. So ein
76 weltweites Netzwerk und die klassische Friedens- und Konfliktforschung müssen
77 als integraler Bestandteil eines nach Frieden strebenden Europas verstanden
78 werden. Sie sind kein nettes Beiwerk einer europäischen Sicherheitspolitik
79 sondern notwendige Voraussetzung für nachhaltige Sicherheits- und
80 Friedenspolitik.

81 Auch in der gemeinsamen klassischen Außenpolitik gibt es viel zu gestalten.
82 Selbst ständige Sicherheitsratsmitglieder wie Großbritannien und Frankreich
83 wirken relativ einflusslos in Anbetracht aufstrebender Mächte wie China und
84 Indien, aber auch im Vergleich zu den über ihre Region hinaus sehr
85 einflussreichen Golfstaaten oder dem unkooperativ wirkendem Russland. Die
86 Machtpolitik die von diesen Staaten und den noch-dominanten USA ausgeht ist
87 keine Blaupause für das, was sich pro-Europäer*innen für eine gemeinsame Außen-
88 und Sicherheitspolitik wünschen sollten. Aber sie stellt die EU und Europa vor
89 Herausforderungen, die nur gemeinsam bewältigt werden können. Dazu braucht es
90 eine weitere Stärkung des europäischen Auswärtigen Dienstes, einer noch besseren
91 Koordinierung zwischen den Außenministerien der EU, Entscheidungen des Rates im
92 Mehrheitsprinzip und nicht zuletzt ein zurücktreten nationaler Akteur*innen zu

93 Gunsten der europäischen Außenbeauftragten, damit die EU auf internationalen
94 Bühnen de facto mit einer Stimme sprechen kann.

95 Die EU an sich ist ein Friedensprojekt - bewahren wir es!

96 Die EU ist weltweit in ihrer Struktur einzigartig. Sie basiert auf einem
97 Prinzip, das nirgends anders politisch so intensiv und umfänglich gelebt wird:
98 Die Abgabe von Kompetenzen des Nationalstaats um gemeinsame Politik einer
99 supranationalen Souveränität zu ermöglichen. Die EU ist in gewisser Weise ein
100 Fluchtpunkt des Multilateralismus. International gibt es viele erfolgreiche
101 multilaterale Ordnungen, doch nirgends sind die Verflechtungen zwischen den
102 Staaten so eng, die Ordnung so stabil, die Akzeptanz so hoch. Die EU hat den
103 Friedensnobelpreis bekommen, weil sie das erfolgreichste Friedensprojekt ist,
104 was es je gegeben hat. Die Bedeutung der EU als Friedensprojekt zu banalisieren
105 bedeutet vor allem, die Gefahr eines neuen großen Krieges in Europa
106 auszublenden. Multilateralismus, Zusammenarbeit auch bei Konflikten und nicht
107 nur als Resultat gemeinsamer (machtpolitischer) Interessen sind Chancen zum
108 Frieden, wie es keine anderen gibt. Dieser Tatsache kann man sich nicht oft
109 genug bewusst werden.

110 Die EU als Verfechterin des Multilateralismus in Zeiten von 'America First'

111 Die Angriffe auf den Multilateralismus als Prinzip wie sie von den USA, Russland
112 aber auch China und anderen ausgehen, sind die wohl größte, ja historische
113 Herausforderung unserer Zeit. Weil nichts anderes als das bisschen Frieden, was
114 es schon gibt, auf dem Spiel steht. Gemeinsam mit Menschen auf der ganzen Welt
115 müssen Grüne deshalb in Europa und vor allem in der EU dafür kämpfen, dass
116 dieses Prinzip wieder gestärkt wird.

117 Das kann die EU nur mit einer gemeinsamen Stimme. Und das ist genau die
118 Definition von Stärke, die Bündnis 90/ die Grünen in die Welt und vor allem in
119 die EU tragen müssen. Die EU, die als höchsten Zweck den Frieden im Inneren hat,
120 muss sich um sich selbst kümmern, den inneren Frieden in der EU und Europa
121 fördern und mit gleichem Einsatz im Sinne des Friedens die Welt mitgestalten.

122
123 Die komparative Stärker einer gemeinsamen Außenpolitik der Europäischen Union
124 ist nicht das autoritäre oktroyieren von Regeln. Es ist, wie in der EU selbst
125 praktiziert, die Verhandlung, das Gespräch und der Kompromiss. Den Tendenzen zum
126 Totalitären, die in den politischen Entwicklungen in Russland, China der Türkei
127 und teilweise auch bei den USA zu entdecken sind, muss die EU die
128 Widerstandsfähigkeit eines demokratisch verfassten Gemeinwesens entgegenstellen.
129 Demokratie, Rechtsstaate und Menschenrechte sind nicht nur ein hohes Gut für die
130 Bürger*innen selbst, wenn sie gerecht umgesetzt werden, haben sie auch die
131 Strahlkraft Bürger in totalitären Systemen zu inspirieren und zu ermutigen.

132 Solidarisch nach Innen und Außen

133 Die europäische Krisenpolitik, sowohl die der Finanz- als auch die der
134 Migrationskrise, haben die mögliche gemeinsame Stimme in der EU weiter
135 geschwächt. China, aber auch Russland und selbst kleine Staaten wie
136 Aserbaidschan haben diese Stimme durch bilaterale Kooperationen, in denen
137 Investitionen mit politischen Schweigepflichten verknüpft wurden, stumm gemacht.
138 Die Austeritätspolitik fällt der EU nachträglich auf die Füße, die
139 innereuropäische Nicht-Solidarität hat sich in Nicht-Loyalität verwandelt. Wie

140 man in den Wald ruft, so schallt es hinaus. Hier wieder Vertrauen zu schaffen
141 muss die erste Priorität sein. Auch zwischen den Gesellschaften. Die
142 Verwerfungen zwischen Deutschen und Griechen ist immer noch spürbar, es hat sich
143 was geändert in Europa.

144

145 Eine einige EU ist die Bedingung für eine gemeinsame Außenpolitik und das
146 Sprechen mit einer Stimme. Dazu bedarf es der verstärkten Solidarität zwischen
147 den Menschen die in der Europäischen Union leben, aber auch einer vermehrten
148 Möglichkeit für Bürgerinnen und Bürger an den Politikprozessen in der
149 Europäischen Union teilzunehmen. Mit einer stärkeren sozialen Integration und
150 einer Vertiefung der Demokratie in der Europäischen Union, wird die EU auch nach
151 Außen handlungsfähiger. Das muss in der Zukunft das Ziel der EU sein.

152 Neue Partner*innen suchen und finden

153 Anders als die USA und anderen Staaten ist die EU keine militärische Weltmacht
154 und sollte das auch nicht anstreben. Statt auf sich auf die Stärke der Armee zu
155 berufen, muss sie sich auf die Stärke ihrer Argumente und die Leuchtkraft ihrer
156 sozialen und demokratischen Verfasstheit verlassen.

157 Der Schutz von Menschenrechten, die zentrale Stellung der Würde des Einzelnen,
158 der Wert der Pressefreiheit, das Streben nach Rechtsstaatlichkeit und
159 Gerechtigkeit, als das macht die EU aus. Aber diese Werte sind keine
160 Alleinstellungsmerkmale. Es gibt weltweit Staaten, die sich ihnen gleichermaßen
161 verschrieben haben und - ähnlich wie in der EU - unterschiedlich erfolgreich in
162 der Umsetzung sind. Mit ihnen müssen wir weiter an der Erhaltung und Verbreitung
163 dieser Werte arbeiten. Die Versprechen der Demokratien (Freiheit, Gleichheit,
164 Brüderlichkeit) wurden zwar bis heute nirgends vollends verwirklicht, sie
165 bleiben aber richtig.

166 Die EU muss ihre Partnerschaften nach diesen Werten ausrichten. Das heißt nicht,
167 dass Kooperationen mit Staaten, die keine Demokratien sind, verunmöglicht werden
168 sollen. Im Gegenteil - Multilateralismus ist gerade wegen der unterschiedlichen
169 Systeme von entscheidener Bedeutung. Es ist das einzige Prinzip, dass über
170 Systemfragen hinaus Ordnung schaffen kann, die Frieden fördert.

171 Immer schön authentisch bleiben - Glaubwürdigkeit ist eine Währung

172 Die europäischen Werte strahlen um so kräftiger, je stärker die Werte, die die
173 Union ausmachen sollten, auch eingehalten werden. Und zur Zeit gibt es leider
174 Vieles, was diesem Wertefundament nicht entspricht. Allen voran eine
175 Flüchtlingspolitik, die auf Abschreckung, die Verlegung von Außengrenzen in
176 Drittstaaten und dreckigen Deals mit Diktatoren setzt. Diese aggressive Politik
177 setzt nicht nur an der falschen Stelle an und bringt unendliches Leid mitsich,
178 sie schadet auch der außenpolitischen Glaubwürdigkeit und damit einer der
179 vermeintlichen Stärken der EU.

180

181 Es liegt im Interesse der Europäischen Union und im Interesse von Geflüchteten
182 und Migrant*innen, dass es die Lebensperspektiven auf dem afrikanischen
183 Kontinent und im Nahen Osten besser werden. Die kurzfristig angelegte neue
184 Kooperation mit Diktatoren zur 'Flüchtlingsbekämpfung' ist nicht nur menschlich
185 falsch, sie läuft auch dem langfristigen Ziel zuwider. Statt sie mit dem
186 Aufhalten von Geflüchteten zu beschäftigen, dürfen autoritäre Regime nicht
187 weiter unterstützt werden, denn diese treiben Menschen zu Flucht.

188

189 Wir Bündnis 90/DIE GRÜNEN wollen eine starke EU-Außenpolitik. Eine, die auf die
190 das geflügelte Wort der Wertegemeinschaft ernst nimmt und auch in diese zum
191 Maßstab der Beziehungen nach Außen macht.

192 Sara Nanni und Michael Bloss: